

Nein zu staatlicher Wohnbauförderung

AvU 2016-11-15

USTER Der Ustermer Gemeinderat will die städtische Wohnpolitik belassen, wie sie ist. Anders als für die Grünen und die SP besteht für die Rechts- und Mitte-Parteien kein Handlungsbedarf für mehr günstige Wohnungen.

Dem Markt vertrauen oder auf staatliche Lenkung setzen? Es waren Grundsatzfragen der Politik, die gestern den Ustermer Gemeinderat beschäftigten – und die er schliesslich eindeutig beantwortete: Es sei nicht nötig, dass die Stadt günstige Wohnungen stärker fördere, befand eine klare Mehrheit. Und lehnte deshalb sowohl die grüne Initiative «Eco Viva» als auch den Gegenvorschlag der SP mit 23 zu 12 Stimmen ab. SVP, CVP, GLP, EVP, CVP, BDP und BPU folgten damit dem Stadtrat, der die Volksinitiative ebenfalls ablehnt. Sie kommt somit ohne Gegenvorschlag vors Volk, vermutlich Anfang Sommer.

Umstrittene Wirkung

Die von 700 Stimmberechtigten unterschriebene Volksinitiative verlangt, dass die Stadt Uster eine Stiftung gründet, die günstigen und ökologisch fortschrittlichen Wohnraum fördert. Dafür soll sie mit einem Eigenkapital von 10 Millionen Franken ausgestattet werden. Eine Stiftung gleicher Art existiert in Zürich seit 2013.

In Uster hingegen trifft das Begehren zumindest im Gemeinderat auf breite Ablehnung. Von «viel Geld aus der Stadtkasse, das allerdings kaum Wirkung zeigen würde», sprach etwa Jürg Krauer von der FDP. 10 Millionen Franken seien zu wenig, um viele Wohnungen bauen zu können. Ohnehin sei das aber nicht Aufgabe der Stadt. In gleicher Weise argumentierte auch Markus Ehrensperger von der SVP. «Es würden einige wenige vom Geld aller profitieren. Das ist unfair.» Beide stellten in Uster zudem keine Wohnungsnot fest. So seien bei einer Erhebung im



Teure Wohnstadt? In Uster entstanden in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Wohnungen, zum Beispiel im Zellwegerpark. *Archivbild Markus Zürcher*

Juni 303 Wohnungen in Uster leer gestanden, sagte Krauer. Gleich viele wie im fünfmal grösseren Winterthur oder nur 100 weniger als im zwölfmal grösseren Zürich. «Man darf also annehmen, dass der Markt in Uster spielt und man hier auch im

«Der Markt spielt in Uster, und man sollte auch im unteren Preissegment eine Wohnung finden.»

Jürg Krauer, Gemeinderat FDP

unteren Preissegment eine Wohnung finden sollte.»

Auch SP kritisch

Die linke Ratsseite sah das erwartungsgemäss anders: «Die steigenden Mietpreise im Kanton Zürich sind eine Tatsache», meinte Meret Schneider (Grüne). «Wer bereits in Uster eine Wohnung gesucht hat, ohne über das Budget eines gestandenen Gemeinderats im besten Alter zu verfügen, erlebt dies am eigenen Leibe. Ich spreche hier aus Erfahrung», sagte die junge Gemeinderätin. Auch Karin Niedermann von der SP betonte, dass ein minim erhöhter Leerwohnungsbestand noch lange nicht bedeute, dass mehr günstige Wohnungen auf dem Markt seien.

Statt eine Stiftung zu gründen, plädierte die SP jedoch dafür, die Förderung von preisgünstigen und ökologisch hochwertigen Wohnungen in der Gemeindeordnung festzuschreiben. «Dann müsste sich der Stadtrat zum

Beispiel bei Gestaltungsplänen künftig aktiv für gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzen und städtische Areale Baugenossenschaften zur Verfügung stellen», sagte Niedermann.

«Mitte» gab den Ausschlag

Dass auch dieser Gegenvorschlag im Gemeinderat keine Mehrheit fand, lag letztlich an der «Mitte-Fraktion» aus GLP, EVP, CVP und BDP. Wie oft im ausgeglichen besetzten Gemeinderat gab ihr Votum den Ausschlag, welche Seite die Oberhand behält. Dieses Mal war es die bürgerliche: «Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag sind im Detail zu wenig ausgegoren, als dass wir sie unterstützen könnten», sagte Wolfgang Harder (CVP). Trotz aller Grundsatzdialektik – es waren also in erster Linie politisch-praktische Überlegungen, die beim Entscheid über staatliche Wohnbauförderung den Ausschlag für ein Nein gaben.

Raphael Brunner

DIE GESCHÄFTE DER PARLAMENTSSITZUNG

- Mit 27 zu 8 Stimmen heisst der Gemeinderat den Bericht des Stadtrats zum Postulat «Kunststoffabfälle separat sammeln» gut. Das Postulat von Walter Meier, Mary Rauber (beide EVP) und Ursula Räuftlin (GLP) ist demnach abgeschlossen.
- Das Postulat von Richard Sägger (FDP) zur «Konkretisierung der Ustermer Schulraumstrategie» überweist der Gemeinderat einstimmig.
- Das Postulat für ein Parkhaus sowie ein Sport- und Tagungshotel im Buchholz von Daniel Pellegrini (FDP) lehnt der Gemeinderat hingegen mit 18 zu 14 Stimmen ab.
- Der Gemeinderat genehmigt den Antrag des Stadtrats zur Regionalen Standortförderung RZO.
- Ebenso genehmigt der Gemeinderat den Antrag zum Geschäftsbericht der Energie Uster. zo